[Pressemitteilung] Löschen statt sperren! – ZugErschwG aufheben!
Sören Zetzsche soze at piratenbrandenburg.de
Do Feb 18 08:50:55 UTC 2010

Pressemitteilung :Piratenpartei zum Zugangserschwernisgesetz Piratenpartei LV Brandenburg

+++Löschen statt sperren! – ZugErschwG aufheben!+++

Horst Köhler hat am 17.02. das Zugangserschwernisgesetz unterzeichnet. Der Gesetzgeber steht damit vor, der Notwendigkeit das Gesetz umzusetzen, obwohl er es passiv ablehnt. Wir fordern daher ein rasches Aufhebungsgesetz zum Zugangserschwerungsgesetz.

Der Gesetzgeber kann und muss bestehende, wirksame Gesetze nutzen um kinderpornographische Inhalte im Internet zu löschen. Kinderpornografische Angebote im Internet sind zu Recht strafbar und könnten mit bestehenden Gesetzen innerhalb von 24 Stunden erfolgreich verfolgt werden. Der Staat nimmt diese Aufgabe nicht wahr. Er verweigert aktive, polizeiliche Ermittlungsarbeit im Internet und schafft vielmehr unscharfe, erweiterbare Kommunikationsbarrieren. Wir stehen ein, für den unmißverständlichen Verzicht auf Zensurinfrastrukturen [ZugErschwG].

Der Bundespräsident hat mit seiner Unterschrift, unter das zweifelhafte Gesetz, eine schwere Glaubwürdigkeitslücke in der Generation von Netz-Sachverständigen hinterlassen. Es scheint eine wichtige Debatte um verfassungsgemäß verbürgte Bürgerrechte sowie die heftige Auseinandersetzung um die vorgesehenen technischen Maßnahmen an Horst Köhler vorbeigegangen zu sein. Das Bundespräsidialamt äußerte hierzu: „Es bestehen keine durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken, die ihn an einer Ausfertigung gehindert hätten". Wir stellen fest, dass diese Aussage absurd ist und der Weg über das Bundesverfassungsgericht notwendig wird um Bürgerrechte zu wahren. Es ist bedauerlich das Proteste hundertausendender Bürger ungehört abprallen konnten. Wir fordern die Politik auf, bestehende Gesetze zu nutzen um kinderpornographische Inhalte löschen zu lassen! Ein gesetzlicher Notstand war zu keinem Zeitpunkt gegeben!

Die Piratenpartei hat sich spontan an den Protesten vor dem Schloss Belevue [Berlin] beteiligt. [Bild A] Am 22.02. um 13.00 Uhr wird im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages die Anhörung zum ZugErschwG stattfinden und von Piraten begleitet werden. Am 23.02. wird die Piratenpartei Mahnwachen vor deutschen Staatskanzleien abhalten um ein Signal zu setzen und auf den geplanten Jugendmedienschutz-Staatsvertrag hinzuweisen. Es ist wieder Zeit, für Freiheit und Grundrechte auf die Strasse zu gehen!

[Bild A] http://berlin.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2010/02/Pp_demo_170210_009b.jpg

---

Piratenpartei Brandenburg
August-Bebel-Str. 68
14482 Potsdam

Fon: 0176-77087879 [Sören Zetzsche]
Fax: 03375-922827